

# Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

[www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de](http://www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de)

Ausgabe September 2016

**Hinweis:** Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) und den [Haftungsausschluss](#) finden Sie auf unserer Homepage.

Eine [Anmerkung](#) zu den Bürgerbriefen, die vor Anfang 2017 erschienen sind, ist am Ende des Bürgerbriefes zu finden.

**Einladung:** Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikelvorschläge (mit Link) an: [buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie@online.de](mailto:buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie@online.de) (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion, 2016-11-17

## Inhalt dieser Ausgabe

- [BLLV: Manifest: Haltung zählt](#)
- [Richard Schröder: Was wir Migranten schulden - und was nicht](#)
- [Michael Lüders: Wer den Wind sät. - Was westliche Politik im Orient anrichtet.](#)
- [Werner Ruf: Der Terror und die Religion](#)
- [Paul Schreyer: Die Demokratie des George Soros](#)
- [Karl-Jürgen Müller: Die Rechte und Pflichten der Nationalstaaten wieder ins Zentrum stellen](#)
- [German-Foreign-Policy: Deutschlands Kriegsbilanz \(I\)](#)
- [Uwe Krüger: Immer einer Meinung](#)
- [Stefan Krempel: Geheimbericht der Bundesdatenschutzbeauftragten bringt BND in große Bedrängnis](#)
- [Georg Koch: "Lieber legt er sein Geld in eine Kiste ..."](#)

**Zitat des Monats** von der [Botschaft der aus Moskau zurückkehrenden Friedensfahrer](#)

**Wenn wir wollen, dass der Frieden in Europa gewahrt bleibt,  
müssen wir das selber übernehmen.**

**Wir müssen Brücken zu unseren Nachbarn schaffen.**

**Überlassen wir das den Eliten, hat der Frieden keine Chance.**

**Aber wir brauchen sie eben nicht, diese Eliten.**

**Wir sind erwachsen.**

- **BLLV: Manifest: Haltung zählt**

In Bezug auf Art. 1 des Grundgesetzes ("Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.") und in Sorge um die Entwicklung der gegenwärtigen Schülergeneration haben bayerische Lehrer ein [Manifest gegen die zunehmende Aggressivität in der Sprache und in den Umgangsformen](#) verfasst. Der BLLV fordert, unsere Gesellschaft vor Spaltung, Brutalität, Rücksichtslosigkeit und Radikalisierung zu schützen und so unsere Demokratie zu bewahren.

*Der [BLLV](#), Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e.V., ist eine überparteiliche, überkonfessionelle und an keine Schulart gebundene Pädagogenorganisation in Bayern. Seit 1861 macht sich der BLLV dafür stark, dass Schule pädagogisch gedacht und gestaltet sein muss sowie die dort arbeitenden und lernenden Menschen beste Arbeitsbedingungen benötigen. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- **Richard Schröder: Was wir Migranten schulden - und was nicht**

[Die Flüchtlingsfrage spaltet die Deutschen, sie spaltet Europa](#). Nun, da sich mit sinkender Flüchtlingszahl die Emotionen etwas gelegt haben, hält Schröder eine Inventur der Argumente für angebracht, um die gesellschaftliche Atmosphäre etwas zu entgiften.

Dazu bringt der Autor zunächst den Hinweis, dass in den letzten Jahrhunderten die Integration von Einwanderern in Deutschland bis auf wenige Ausnahmen immer gelungen ist; die Ausnahmen: Sinti und Roma sowie osteuropäische Juden. Erhebliche Probleme gebe es mit Migranten aus islamischen Ländern.

Lange kamen arbeitssuchende und zum Teil gut ausgebildete Einwanderer nach Europa. Heute kommen die Menschen großenteils mit dem Druck, schnell Geld verdienen zu müssen, um entweder die Schlepper zu bezahlen oder ihren Großfamilien zu helfen. Der Migrationsdruck aus Nahost, Mittelost und Afrika ist sehr stark und zeitlich unabsehbar. Die dadurch entstehenden Migrationsströme mit bis zu einer Million pro Jahr werden auch Deutschland auf Dauer überfordern. Die zu erbringenden Anstrengungen sind in den Nachbarländern der Herkunftsländer bei gleichem Mitteleinsatz wesentlich effizienter.

Die Bürgerkriege sind wohl nicht die direkte Ursache der unübersehbaren Migrationsströme sondern eher die Hoffnung- und Perspektivlosigkeit in den Flüchtlingslagern, die von einigen wohlhabenden Ländern leichtfertig in Kauf genommen wird, als sie die Beiträge für das UN-Flüchtlingshilfswerk nicht gezahlt haben. Die Zahl der in Afrika Heranwachsenden steigt dank der gesunkenen Kindersterblichkeit. So finden junge Männer dort kaum Arbeit. Ihr Ausweg: Migration oder sich als Bürgerkrieger verdingen.

Wir müssen erkennen, dass nach Europa nicht die Ärmsten kommen. Aus Afrika kommen vorwiegend Angehörige der (unteren) Mittelschicht, aus Nahost auch Besserverdienende. Oft legen Großfamilien zusammen, um einen Residenten in Europa zu haben, der sie unterstützt. Über die modernen Kommunikationsmöglichkeiten wissen die Menschen auch im hintersten Winkel dieser Welt, wie wir im nördlichen Westen leben. Es gibt aber auch übertriebene Erwartungen und Gerüchte die diese schüren.

Wir müssen unterscheiden zwischen Flüchtlingen und Einreisewilligen. Flüchtlingen steht im aufnehmenden Land ein zeitlich befristetes Aufenthaltsrecht von drei Jahren zu. Diese Schutzverpflichtung gilt nach Schröder auch, wenn sie über sichere Staaten zu uns kommen, ohne dort bereits Asyl beantragt zu haben. Einwanderer müssen für ihren Lebensunterhalt selbst aufkommen können und müssen auch unsere Interessen und Obergrenzen akzeptieren.

Kontrollierte Grenzen sind aus demokratischen und staatsorganisatorischen oder bürokratischen Gründen nötig. Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt kann es immer nur in einem begrenzten Gebiet geben. Namentlich der Sozialstaat schließt unkontrollierten Zuzug aus, andernfalls stünden unbegrenzten Ausgaben begrenzte Einnahmen gegenüber. Aber auch die Rechtssicherheit kann nur von Institutionen gewährleistet werden, die für ein definiertes Gebiet zuständig sind.

Es ist wichtig, zwischen Flüchtlingen nach Genfer Konvention, die nur für individuell Verfolgte gilt, und solchen zu unterscheiden, die subsidiären Schutz vor z.B. Bomben suchen. Mit der Kategorie der Armuts- oder Wirtschaftsflüchtlingen erinnert Schröder an die Unterscheidung von Barmherzigkeit (eines Einzelnen gegenüber einem anderen Einzelnen) und Gerechtigkeit (bei der Gleichbehandlung vieler durch den Staat). Es wäre viel gewonnen, wenn Barmherzigkeit und Gerechtigkeit sich angemessen ergänzten und begrenzten.

*In Schröders differenzierendem Beitrag werden der Einfluss der Industriestaaten auf die Lebensperspektive in den Entwicklungsländern durch die Industrienationen (z.B. IWF-Strukturprogramme, Freihandelsabkommen) sowie die durch den Westen aus geostrategischen Interessen heraus vielerorts angezettelten und unterstützten Kriege leider nicht angesprochen. Es gibt unserer Meinung nach durchaus Möglichkeiten die Lebensbedingungen der Menschen in ihren Heimatländern friedlich zu verbessern, statt sie zu zerstören. (Red.)*

*[Prof. Dr. Richard Schröder](#), Jg. 1943, ist Philosoph und evangelischer Theologe. Bis zur Emeritierung gehörte er zum Lehrkörper der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin. 1990 in die Volkskammer gewählt, nach der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 Mitglied des 11. Deutschen Bundestages. Vorstandsvorsitzender der Deutschen Nationalstiftung. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- Michael Lüders: **Wer den Wind sät. - Was westliche Politik im Orient anrichtet.**

In seinem 2015 erschienenen Buch - wie auch in seinem Vortrag ([Video 1h11](#)) - mit dem vorstehenden Titel [entlarvt der Nahostexperte Michael Lüders die verlogene und desaströse Politik des Westens](#), allen voran der USA, in Bezug auf die Länder des Nahen Ostens. Mit klarem analytischem Blick beschreibt er das kontinuierliche imperialistische Vorgehen der USA in dieser Region.

Das Desaster geht auf das Jahr 1953 zurück, als CIA und MI6 für den Umsturz der damaligen demokratisch legitimierten Regierung Mossadegh gesorgt haben. Diese Regierung musste weg, weil die Gefahr bestand, dass das Monopol der britischen Ölindustrie durch Verstaatlichung verloren gehen könnte. Mit der [Rückkehr des Schahs aus dem Exil](#) (Red.) wurde sichergestellt, dass die vom Westen benötigten Ölreserven auf Jahrzehnte frei zugänglich blieben.

Dieser Putsch wurde dann in anderen Ländern in immer schnellerer Folge bis heute kopiert. Der jeweils nicht ins Konzept passende Machthaber wird dämonisiert, um ihn bekämpfen zu können. Aber es geht nicht um Gut und Böse oder um Kultur sondern um handfeste imperialistische Interessen insbesondere von den USA, von Großbritannien und Frankreich.

Dabei wäre für Lüders längst eine Differenzierung erforderlich. Denn die Region Naher Osten ist nicht nur Spielball westlicher Interessen, sondern befindet sich auch im Aufbruch weg von den angestammten Stammesstrukturen. Das wird aber von Saudi-Arabien als Bedrohung angesehen und mit allen Mitteln bekämpft. Auch außerhalb der Region werde die Welt komplexer, multipolarer.

Zudem weist Lüders auf Israel hin, dass dessen rücksichtslose Eroberungs- und Siedlungspolitik traumatische Auswirkungen auf die Palästinenser hat, die in großer Zahl in die benachbarten Länder fliehen. Israels völkerrechtswidrige Politik zu kritisieren sei tabuisiert. Selbst seine Atomwaffen sind keiner internationalen Kontrolle unterstellt.

Es sei höchste Zeit, dies alles im Zusammenhang zu erkennen und gerade von deutscher Seite aus die Nibelungentreue zu den USA aufzugeben, aber ohne eine eigene Weltmachtspolitik zu verfolgen. Es gehe darum, Wege der Verständigung zu öffnen, nicht Öl ins Feuer zu gießen sondern humanitär verantwortlich zu helfen.

*[Michael Lüders](#), Jg. 1959, beschäftigt sich seit seiner Ausbildung mit der arabischen Welt, mit dem Nahen Osten und Zentralasien. Er hat dazu für verschiedenen Medien analysiert, berichtet und kommentiert sowie Expertisen für GIZ, BMZ und Auswärtiges Amt abgegeben. Präsident der Deutsch-Arabischen Gesellschaft in Nachfolge von Peter Scholl-Latour. Roman- und Sachbuchautor. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- Werner Ruf: **Der Terror und die Religion**

Der 'Islamische Staat' (IS) ist einer von gut einem Dutzend von Gewaltakteuren, die in Syrien ihr Unwesen treiben und sich dabei auf eine sektiererische Auslegung des Islam berufen. Im Gegensatz zu den meisten anderen Gewaltakteuren hat der IS es vermocht, im Irak und in Syrien staatliche Strukturen aufzubauen, ein Mindestmaß an Sicherheit für die Menschen herzustellen, Grundbedürfnisse wie die Wasser- und Energieversorgung einigermaßen zu sichern und so eine gewisse Akzeptanz zu erreichen. Religion – oder besser: Konfession – ist dafür das Vehikel. "Ungläubige" werden gnadenlos verfolgt.

Die [Konfessionalisierung der Politik erfolgte durch die USA](#), die im Irak im öffentlichen Dienst die (teilweise säkularen) Sunniten durch Schiiten ersetzt haben. Die Diskriminierung der Sunniten im danach korrupten Irak führte auch dazu, dass z.B. hohe Offiziere aus Armee und Geheimdienst Saddam Husseins beim IS im Führungskader sind.

Der IS hat eine kriminelle Ökonomie aufgebaut, auch durch Ölgeschäfte mit EU-Staaten, und kann so durch den Sold auch Menschen ohne Schulausbildung ein Einkommen ermöglichen. Daher erfolgt die Rekrutierung weltweit unter den perspektivlosen Verlierern der neoliberalen Globalisierung. Die Religion soll ein Sendungsbewusstsein verleihen und zusammenschweißen.

Über die Konfession wird aber auch die ökonomische Unterstützung durch staatliche Akteure wie Saudi-Arabien (Salafisten unterstützend) und Qatar (Muslimbrüder unterstützend) bestimmt. Andere Akteure wie die USA, die Türkei, Israel, Iran und Russland verfolgen Interessen, die denen der Golfstaaten widersprechen. Daher und durch die weitere Unterstützung der Gewaltakteure in Syrien und im Irak sind die Friedensbemühungen der UN bisher erfolglos geblieben.

[Werner Ruf](#), Jg. 1937, ist Politikwissenschaftler, Hochschullehrer und Friedensforscher, der sich insbesondere mit den muslimischen Gesellschaften beschäftigt. Zuletzt war Ruf an der Uni Kassel tätig und ist heute noch Mitglied der 'AG Friedensratschlag'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

#### ● Paul Schreyer: **Die Demokratie des George Soros**

Der Multimilliardär [George Soros, Jahrgang 1930, ist eine widersprüchliche Persönlichkeit](#): zum einen der Börsenspekulant großen Stils, zum anderen der freigiebige Spender, Intellektuelle und politische Aktivist, der nach eigenen Worten die Demokratie fördern und Menschen in aller Welt zu mehr Freiheit in einer "offenen Gesellschaft" verhelfen will. Nun sind [tausende interne Dokumente der von ihm geführten politischen Stiftungen](#) aufgetaucht, die zeigen, mit welchen Methoden er dabei vorgeht. Die Leitmedien schweigen bislang zu den Enthüllungen.

Im Kampf gegen den Kommunismus in Ungarn gründete Soros seine erste Stiftung, mit der er helfen wollte, das kommunistische Staatsdogma durch das Konzept einer "offenen Gesellschaft" zu ersetzen. Heute sind seine nur ihm verantwortlichen "Open Society Foundations" mit 1'800 Mitarbeitern in 41 Ländern aktiv. Dabei geht der Kern seiner Stiftungen in Osteuropa auf vom CIA gegründete Organisationen im Kampf gegen den Kommunismus zurück. 1978 beteiligte sich Soros erstmals an einer der CIA-Stiftungen. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion verschmolzen die "Open Society Foundations" 1991 vollständig mit der von Soros neu geschaffenen "Open Society"-Organisation.

Schon in den Anfängen der Kooperation mit dem CIA wird die Widersprüchlichkeit von Soros' Aktivismus sichtbar: Einerseits propagiert er eine "offene Gesellschaft" ohne zentrale Planung einer mächtigen Elite. Andererseits plant er selbst gemeinsam mit einer mächtigen Elite. Er geht die Partnerschaft mit einer Weltmacht ein und baut auf die Mittel und Netzwerke von deren Geheimdienst auf, dessen Aktivität nicht auf die Selbstbestimmung von Völkern zielt. Am Ende geht es um Vorherrschaft und letztlich um den Profit einiger Weniger.

Der sich in Tricks und Täuschungen gut auskennende Soros gibt sich hierbei aber naiv. Und er weiß, den Ton anzugeben, sich wichtige Informationen zu beschaffen, und wie man die für ihn relevante Sichtweise des politischen Handelns zu verbreiten hat. Er scheut dabei auch nicht vor klaren Vorgaben für den US-Präsidenten oder der ukrainischen Regierung zurück.

Soros lässt die Gesellschaft Demokratie spielen, solange er die Aufsicht und Kontrolle behält. Bei solch einer Strategie kann eigentlich nur ein geändertes Patronage-System entstehen, ein Tausch der Herrscher – aber keine sich selbst organisierende Gesellschaft. Seine Rhetorik zielt nur gegen die zentrale und autoritäre Machtausübung von Staaten, aber nicht gegen die ganz ähnlich zentrale und autoritäre Machtausübung von Unternehmen oder Superreichen. Er will einerseits als Großspekulant in turbokapitalistischer Manier Milliarden verdienen, und andererseits als Sozialreformer und moderner liberaler Philosoph die Welt retten.

In seinem Lebenswerk versucht Soros mit großer Mühe etwas aufzubauen, das er ursprünglich hatte bekämpfen wollen. Während in Osteuropa viele Menschen diesen Unterschied zwischen Illusion ("offene Gesellschaft" und "Freiheit" des Westens) und Realität (z.B. mangelnde soziale Sicherheit) rasch begriffen, scheint die Täuschung in Köpfen wie dem von George Soros fortzuleben.

Auch wenn Soros von mit ihm Verbündeten attestiert wird, dass ohne seine Unterstützung die "Revolution" in der Ukraine nicht erfolgreich gewesen sei, so ist doch wichtig zu wissen, dass

neben seinen Stiftungen auch halbstaatliche Stiftungen der USA beteiligt waren, für eine ukrainische Politik zu sorgen, die nicht mehr authentisch genannt werden kann.

[Paul Schreyer](#) ist Autor ("Wir sind die Guten, Ansichten eines Putinverstehers"; "Wer regiert das Geld?") und freier Journalist, u.a. für die Online-Portale 'Telepolis', 'NachDenkSeiten' und 'Global Research'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

### • Karl-Jürgen Müller: **Die Rechte und Pflichten der Nationalstaaten wieder ins Zentrum stellen**

Seit Bundeskanzlerin Merkel 2015 monatelang Grenzkontrollen und deren rechtliche Bestimmungen außer Kraft gesetzt hat, steht die Frage im Raum, wer außer ihr noch unkontrollierte Grenzen fordert. Die Publizistin Friederike Beck ist in ihrem Buch "Die geheime Migrationsagenda. Wie elitäre Netzwerke mithilfe von EU, UNO, superreichen Stiftungen und NGOs Europa zerstören wollen" dieser Frage nachgegangen.

Es wird u.a. deutlich, dass mit der Migrationspolitik der Spitzen von UNO und EU sowie der deutschen Regierung die europäischen Nationalstaaten in ihrer bisherigen Form aufgelöst werden sollen, dass für dieses Programm sowohl linksalternative Kreise als auch die Profiteure einer neoliberalen Politik stehen, dass es ein riesiges internationales Netzwerk von Stiftungen, Verbänden und Vereinen gibt, die in enger Zusammenarbeit mit staatlichen und internationalen Institutionen und von diesen mitfinanziert ihre politische Operation der "grenzenlosen" Globalisierung, der entwurzelten Menschen verfolgen.

Ergänzend verweist der Autor des Artikels auf das Buch "Der Angriff auf den Nationalstaat" von Thierry Baudet. Der Buchautor legt dar, dass die gängigen Angriffe auf den souveränen europäischen Nationalstaat, vor allem der Vorwurf, dessen Existenz sei friedensgefährdend, einer Überprüfung nicht standhält, und dass auch die Weltkriege im 20. Jahrhundert – anders als von der EU behauptet – keine Ursache darin hatten, dass es souveräne Nationalstaaten gab.

Im Gegenteil, den beiden Weltkriegen gingen imperiale Zielsetzungen der Kriegsparteien voraus. Es war der Wille bestimmend, andere Nationen zu beherrschen und dem souveränen Nationalstaat den Garaus zu machen. Ein großer räumlicher Zusammenschluss der Nationen war auch das Ziel der deutschen Nationalsozialisten.

Baudet ist überzeugt, dass es souveräne Nationalstaaten braucht, um rechtsstaatliche und demokratische Verhältnisse zu garantieren sowie dem notwendigen "Wir-Gefühl" der Staatsbürger Rechnung zu tragen. Unverzichtbar gehört dazu, souverän darüber zu entscheiden, wen die Bürger eines Nationalstaates in ihrem Staat neu aufnehmen wollen – aber auch, wen nicht. Dazu haben sich alle europäischen Nationalstaaten im 19. und 20. Jahrhundert Verfassungen gegeben. Heute haben alle europäischen Nationalstaaten ein Staatsvolk, eine Staatsgewalt mit Gewaltmonopol und ein international anerkanntes Staatsgebiet mit seinen Grenzen.

Völkerrecht und nationale Verfassungen gebieten heute allen europäischen Nationalstaaten, die Rechte ihrer Bürger und die Rechte der anderen Staaten und Völker zu achten. [Es sind die Nationalstaaten und deren Verfassungen, die Garanten des Friedens und der Völkerverständigung geworden sind.](#) Die europäischen Kriege des 20. Jahrhunderts waren nicht das Resultat der Existenz souveräner Nationalstaaten. Machtgierige und vaterlandslose Staatsführer haben versucht, imperiale Wahnvorstellungen auszuleben, ihre Völker zu missbrauchen und mit ins Elend zu stürzen.

Die Angriffe auf den Nationalstaat dienen nicht der Selbstbestimmung, nicht dem Recht und nicht dem Frieden. Hinter diesen Angriffen verbergen sich neue imperiale Ansprüche, die die Völker entmündigen und entwürdigen wollen. Auch die heutige EU ist die Folge imperialen Denkens. Wir brauchen eine gleichberechtigte und konstruktive Zusammenarbeit souveräner Staaten in Europa.

[Karl-Jürgen Müller](#) ist Berufsschullehrer ([Fächer](#) Deutsch, Geschichte und Gemeinschaftskunde) und Mitarbeiter der Redaktion *Zeit-Fragen*. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

### • German-Foreign-Policy: **Deutschlands Kriegsbilanz (I)**

Rund 17 Jahre nach dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien und dem Beginn der Besetzung des Kosovo auch durch Deutschland [bescheinigen Beobachter dem De-facto-Protectorat desolate](#)

[politische, ökonomische und soziale Verhältnisse](#). Die Folgen des ersten Krieges, in dem Deutschland eine wirklich bedeutende Rolle spielte, sind katastrophal:

Unter faktischer Kontrolle der EU herrscht in Priština eine Elite, die enger Verflechtungen mit der organisierten Kriminalität und schwerster Kriegsverbrechen bezichtigt wird und deren ausufernde Korruption in der Bevölkerung zunehmend frustrierte Resignation bewirkt. 34% der Bevölkerung leben in absoluter, 12% in extremer Armut. Die Gesundheitsversorgung ist miserabel. Die Lebenserwartung liegt um fünf Jahre unter derjenigen der angrenzenden Staaten und um zehn Jahre unter dem Durchschnitt der EU.

Blutige Racheaktionen mit Schusswaffen würden "beharrlich betrieben", heißt es darüber hinaus in einem Bericht, der vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Auftrag gegeben wurde und der auf die auch sonst erschütternde Lage in puncto Menschenrechte verweist.

*Der Artikel steht leider nicht mehr kostenfrei zur Verfügung. (Red.)*

Die "Informationen zur Deutschen Außenpolitik" ([german-foreign-policy.com](http://german-foreign-policy.com)) werden von einer Gruppe unabhängiger Publizisten und Wissenschaftler zusammengestellt, die das Wiedererstarken deutscher Großmachtbestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet kontinuierlich beobachten. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

#### • Uwe Krüger: **Immer einer Meinung**

Das Bild, das z.B. die vier Leitjournalisten Kornelius (SZ), Frankenberger (FAZ), Joffe (Zeit) und Stürmer (Welt) bisher von Konflikten und Bedrohungen der Welt zeichneten, war ebenso eindimensional wie das in den amtlichen Dokumenten und Doktrinen: [Der eigene Beitrag des Westens zu Krisen und Konflikten wurde nicht reflektiert](#); Bedrohungen wurden plastisch ausgemalt, ihre sozialen und politischen Ursachen aber kaum analysiert.

Offensichtlich bewegten sich die Journalisten weitgehend innerhalb der Grenzen des außen- und sicherheitspolitischen Elitendiskurses, der von westlichen Regierungen, transatlantischen Denkfabriken und elitären Netzwerken geführt und mitgestaltet wird - eine Meinungsspanne, die alternative Denkansätze etwa aus der Friedensforschung und der zivilen Konfliktbearbeitung nicht umschließt. Wenn die Journalisten die Bundesregierung kritisierten, dann aus der Perspektive von USA und NATO, aber nicht aus der einer militärskeptischen Bevölkerung.

Dazu gehört z.B., dass mit zweierlei Maß gemessen wird: Der strategische Gegner Syrien wird hinsichtlich Menschenrechtsverletzungen ins Rampenlicht gestellt. Aber der brutale Krieg des strategischen US-Verbündeten Saudi-Arabien in Jemen mit Tausenden Toten und großen Hungersnöten wird verschwiegen. So fühlt sich mancher an die Prinzipien der Kriegspropaganda erinnert.

[Uwe Krüger](#), Jg. 1978, promovierte zum Thema "Netzwerke deutscher Journalismus-Eliten in Politik und Wirtschaft", setzt seit 2005 in [verschiedenen Publikationen](#) kritisch mit Journalismus, Lobbyismus und Netzwerken auseinander. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

#### • Stefan Krempl: **Geheimerbericht der Bundesdatenschutzbeauftragten bringt BND in große Bedrängnis**

Der eigentlich geheim eingestufte Prüfbericht der Bundesdatenschutzbeauftragten Andrea Voßhoff zur BND-NSA-Kooperation in Bad Aibling ist im Internet. Die Bilanz der Bundesdatenschutzbeauftragten Andrea Voßhoff zur Zusammenarbeit des Bundesnachrichtendienstes (BND) mit der NSA am Horchposten in Bad Aibling könnte kaum fataler ausfallen: [18 massive Rechtsverstöße hat sie ausgemacht](#), "die herausragende Bedeutung haben und Kernbereiche der Aufgabenerfüllung des BND betreffen", sowie 12 offizielle Beanstandungen ausgesprochen.

Die vorgenommene Kontrolle bezog sich nur auf den Standort Bad Aibling. Selbst dort wurde wohl nicht alles aufgedeckt, denn der Auslandsgeheimdienst hat die Datenschutzbeauftragte "rechtswidrig mehrfach massiv beschränkt". Dies geht aus dem einschlägigen, [geheim eingestuften Prüfbericht](#) der CDU-Politikerin vom März hervor, den [Netzpolitik.org](http://Netzpolitik.org) im Volltext online gestellt hat.

Parallel haben NDR und WDR die rund 60 Seiten und die darauf wiederholt festgestellten „systematischen Gesetzesverstöße“ ausgewertet. Ihr Resümee: Die Vorwürfe seien so schwerwiegend, dass der BND wohl „weite Teile seiner Arbeit in Bad Aibling einstellen müsste“.

[Stefan Krempf](#), Jg. 1969, ist Kulturwissenschaftler, Sachbuchautor und arbeitet als freier Journalist u. a. für c't, Telepolis und Spiegel. Er betreibt den eigenen Blog 'Der Spindoktor'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Georg Koch: "**Lieber legt er sein Geld in eine Kiste ...**"

Die Fusionswelle auch bei den Raiffeisenbanken in Deutschland, Österreich und der Schweiz nimmt kein Ende. Als Gründe werden in allen drei Ländern eine gewisse Höhe der nötigen Bilanzsumme angegeben sowie ein Anstieg der Bürokratie durch US-amerikanische Auflagen, die mehr Personal erfordern. Aber entspricht das noch dem, was sich die Gründerväter der Genossenschaftsbanken, Friedrich Wilhelm Raiffeisen und Hermann Schulze-Delitzsch, zur Frage der Genossenschaftsgröße und Kreditvergabe überlegt hatten?

Sowohl Raiffeisen als auch Schulze-Delitzsch sahen in den von ihnen initiierten [Genossenschaften keine utilitaristische Vorteilsorganisation für ihre Mitglieder](#). Beide wollten mit ihrer jeweiligen Genossenschaftsbewegung den sozialen Frieden im jeweiligen Land heben.

Raiffeisen sah in der christlichen Nächstenliebe eine wesentliche Grundlage, die gesellschaftliche Not zu mindern und den Wohlstand zu fördern. Das genossenschaftliche Arbeiten sollten zugleich eine Schule für die sittliche Hebung des Gemeinnsinns sein, um im solidarischen Zusammenschluss Selbsthilfe zu ermöglichen. Es ging ihm darum, das Geld "zum Wohle der Familien frucht- und segensbringend anwenden zu können".

Auch Schulze-Delitzsch ging es um die Not der Bevölkerung. Auch er kämpfte dagegen, dass durch wirtschaftliche Privilegien die politische Gleichberechtigung unterminiert wurde und damit quasi Benachteiligung und Unterdrückung durch Standes- und Ständerecht fortgesetzt wurde. In der gegenseitigen Unterstützung sah er bereits damals einen Garanten für die persönliche Selbstverwirklichung.

Wichtige Voraussetzung war für beide, dass die Genossenschaftsmitglieder auf ihre Bereitschaft zur Mitarbeit, ihre Tüchtigkeit und ihre Bereitschaft zur Solidarhaftung geprüft werden. Eine aufnahmewillige Person muss dem Aufnahmegremium bekannt sein. Raiffeisen ließ deswegen zu groß gewordene Genossenschaften wieder teilen. Für Genossenschaftsvorstände war Zuverlässigkeit des Charakters und gemeinnützige Gesinnung unabdingbar. Der Gefahr, dass aus persönlichen Verstrickungen heraus bekannten Personen zu leichtfertig vertraut werden könnte, sollte durch regelmäßige, vierteljährliche Revisionen auch der Zahlungsfähigkeit der Schuldner und der Bürgen begegnet werden.

Bereits Raiffeisen warnte die Genossenschaften vor einer der Ursachen der heute immer noch andauernden Finanzkrise. Er lehnte den fragwürdigen Handel mit Wertpapieren deutlich ab. Lieber legte er sein Geld in eine Kiste.

[Inhalt](#) ↑

#### Anmerkung der Redaktion:

*Der Inhalt der Bürgerbriefe aus den Jahren 2014, 2015 und 2016 ist von den Bürgerbriefen übernommen worden, die bis Ende 2016 auf der Homepage [www.volksinitiative-esm-austritt.de](http://www.volksinitiative-esm-austritt.de) erschienen sind. Mit dem Übergang auf die neue, eigene Homepage wurde auch auf das seit Februar 2016 verwendete Format mit vorangestelltem Inhaltsverzeichnis umgestellt. Bei der dabei vorgenommenen Überprüfung der Links zu den hier nur zusammengefassten Original-Artikeln wurde festgestellt, dass der eine oder andere Link nicht mehr funktionierte; die nicht mehr zur Verfügung stehenden Links wurden, wenn möglich, durch aktuelle ersetzt oder ersatzlos eliminiert.*

[Inhalt](#) ↑